

Wir sind heute hier, um gegen die Inhaftierung unserer türkischen Genossinnen nach §129b zu protestieren. Unsere Genossinnen werden seit einem Jahr, anfangs in Einzelhaft, gefangen gehalten. Ihre Organisation ist nach deutschem Recht nicht verboten, sie befindet sich auch nicht auf einer Terrorliste, und das Verhalten (Spenden sammeln und Mitglieder werben) unserer Genossinnen ist auch nicht strafbar. Dennoch wurden sie nach §129 angeklagt. Wie ist das möglich?

Dieser Paragraph ist eine juristische Mehrzweckwaffe und etabliert ein Sonderrecht, bei dem rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft gesetzt sind.

Wir sind der Meinung, dass der Prozess in München Modellcharakter besitzt. Er soll die Möglichkeiten bereitstellen, linke Politik weit im Vorfeld jeder militanten Handlung als terroristisch verfolgen zu können. Damit bestimmt der deutsche Staat jeden als Gegner, der den Kapitalismus als System überwinden möchte und stellt dies unter Terrorverdacht. Das soll und alle abschrecken, einschüchtern und spalten.

Die §§129, 129a und 129b haben im imperialistischen Deutschland eine lange Tradition. Diese Tradition entspricht der obrigkeitsstaatlichen Verfolgung politischer Opposition. Im deutschen Kaiserreich wurde der Paragraph eingeführt und es gab die Sozialistengesetze. In der Weimarer Republik richtete sich die Klassenjustiz gegen die Linke. Während des Faschismus wurden zehntausende Kommunisten eingesperrt, gequält und ermordet.

In den 1950er Jahren wurde die KPD verboten und zehntausende Menschen vor Gericht gestellt, tausende erhielten Haftstrafen. In den 1970er Jahren, infolge der 68er Revolte, gab es zwei Varianten: einmal die Gesinnungsschnüffelei im Rahmen der Berufsverbote gegen linke im Staatsdienst und die massive Ausweitung der Verfolgung nach §129 gegen den militanten Widerstand und seine Sympathisanten.

In dieser Tradition steht auch das Verfahren gegen ATIK und TKP-ML.

Zudem ist dieses Verfahren eine Dienstleistung für das autoritäre türkische (Erdogan) Regime, welches Stück für Stück eine faschistische Diktatur in der Türkei etabliert. Dort wird Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im Osten des Landes geführt. Oppositionelle, Wissenschaftler, Journalisten werden – nicht erst seit dem Putschversuch, entlassen und inhaftiert.

Die Türkei ist ein Staat der foltert. Widerstand dagegen ist und bleibt legitim.

Die Bundesregierung stattdessen verfolgt türkischstämmige linke, die vor diesem Regime geflüchtet sind, auch hierzulande. Teilweise wurden sie dort eingesperrt und werden es hier wieder.

Die Türkei als Frontsaat der NATO und Bollwerk gegen die Flüchtlinge und das imperialistischen Deutschland arbeiten Hand in Hand.

Wir sagen dagegen: ein menschenwürdiges Leben für alle ist erst jenseits des Kapitalismus vorstellbar. Dafür stehen die Genossinnen der ATIK, und dafür stehen wir mit ihnen.

Der Einsatz dafür, das meint revolutionäre Politik, ist nicht verhandelbar.

Unsere Genossinnen müssen raus – jetzt sofort!

Freiheit für unsere politischen Gefangenen!

